



Blickpunkt

Gesundheit und Gesellschaft

Der aktuelle gesundheitspolitische Newsletter der AOK

Inhalt

Die Folgen des demographischen Wandels.....2

Der Euro kommt.....2

Apotheker hadern mit Johannes Pieck.....3

Die Finanzlage der Pflegeversicherung3

AOK-Aktuell: Mieses Arbeitsklima macht krank • Notfallversorgung gesichert AOK im Dialog • Service-Telefon gefragt • Zur Person...4

Gesundheitspolitik

Bundesregierung weckt Hoffnung auf Reformen

Die neue Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt hat bereits kurz nach ihrem Amtsantritt erkennen lassen, dass sie den Risikostrukturausgleich in der gesetzlichen Krankenversicherung zeitnah reformieren will. Wichtigstes Ziel künftiger Reformen sei die Stabilität der Beitragssätze. Eine Kurskorrektur zeichnet sich auch bei der Gentechnik ab.

Die SPD-Politikerin hatte ihr neues Amt nach der Verteidigung am Donnerstag vergangener Woche (18.1.) angetreten. Am gleichen Tag traf sie gemeinsam mit Bundeskanzler Gerhard Schröder die Chefs der Bundesärztekammer und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Professor Jörg-Dietrich

Hoppe und Dr. Manfred Richter-Reichhelm. Beide Seiten wollen jetzt gemeinsam mit den anderen Beteiligten im Gesundheitswesen über mögliche Regelungen sprechen und streben dabei einen Konsens an. „Vorurteilsfrei“ sei auch zu klären, wie geltende gesetzliche Vorgaben für Honorar- und Arzneimittelbudgets durch andere sinnvolle Alternativen abgelöst werden können. Ausdrücklich boten Schmidt und Schröder Ärzten und Krankenkassen einen Dialog zu den mittelfristigen Perspektiven für das Gesundheitswesen an. Dabei gehe es auch um die Weiterentwicklung des Vertragswettbewerbs und die Abgrenzung von Solidarität und Eigenverantwortung.

Ministerwechsel

Bereitschaft zu Zusammenarbeit

In einer gemeinsamen Erklärung begrüßten die Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) die Absicht der Bundesregierung, in Gesprächen mit Krankenkassen und Ärzteschaft nach einem Konsens für wichtige Probleme des Gesundheitswesens zu suchen. Die GKV werde diesen Diskussionsprozess konstruktiv unterstützen. Notwendige Voraussetzungen für stabile Beitragsbeiträge sind jedoch die Einbindung der Krankenkassen in allen Entscheidungen. Für den

AOK-Bundesverband bot Vorstandsvorsitzender Dr. Hans Jürgen Ahrens der neuen Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt konstruktive Zusammenarbeit und wo gewünscht auch Hilfe an. Der Verbandschef dankte zugleich ihrer Amtsvorgängerin Andrea Fischer. Der Grünen-Politikerin bescheinigte er, die Interessen der Kranken und Versicherten vertreten zu haben. Dabei habe sie gute Dinge wie eine gestärkte Prävention auf den Weg gebracht.

Amtswechsel

Die neue Riege im Ministerium

Die neue Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt hat am Freitag vergangener Woche – am ersten Dienstsitz ihres Ressorts in Bonn – die Amtsgeschäfte übernommen. Die



Ulla Schmidt

51-jährige Lehrerin für Sonderpädagogik gehört dem Bundestag seit 1990 an. Zuletzt war sie stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion. Ihr zur Seite steht als Parlamentarische Staatssekretärin Gudrun Schaich-Walch. Die 54-jährige SPD-Politikerin



Gudrun Schaich-Walch

war kurzfristig ebenfalls Vize-Chefin der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion. Zuvor agierte sie als gesundheitspolitische Sprecherin. Neuer beamteter Staatssekretär ist Dr. Klaus Theo Schröder.



Klaus T. Schröder

Der 52-jährige Krankenhausesperte aus Nordrhein-Westfalen war vor einem kurzen Gastspiel in der privaten Wirtschaft unter anderem Staatssekretär in Thüringen und Berlin.

AOK-Gemeinschaft Finanzhilfen beschlossen

Der Verwaltungsrat des AOK-Bundesverbandes hat weitere Finanzhilfen für die von Unwirtschaftlichkeit im Krankensektor besonders betroffenen AOKs in Berlin und Hamburg gebilligt. Damit wird die Wettbewerbsfähigkeit beider Kassen gestärkt.

Der Verwaltungsrat stellte für die AOK Berlin in 2001 Mittel in Höhe von 420 Millionen Mark zur Verfügung und sagte darüber hinaus zu, die Finanzhilfe bis Ende 2003 fortzusetzen. Für die AOK Hamburg ist in diesem Jahr eine Finanzhilfe von 40 Millionen Mark vorgesehen. Ferner entschied der Verwaltungsrat, den AOK's Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg bei der Deckung struktureller Defizite bis Ende 2009 zu helfen.

Politik aktuell

Zs. B
1044